



Antworten des Kandidierenden-Duos Dr. Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel

FRAGENKATALOG DES KULTURFORUMS DER SPD BERLIN

Vorwort: Berlin ist eine der führenden Kunst- und Kulturmetropolen mit weltweiter Anziehungskraft und Bedeutung. Kunst und Kultur gehören zu unserer DNA wie kaum ein anderer Bereich. Sie prägen die Atmosphäre und das Image unserer Stadt.

Auch wirtschaftlich spielt die Kreativ- und Kulturwirtschaft eine zentrale Rolle. Ihr Anteil am Berliner Wirtschaftsleben nimmt einen der vorderen Plätze ein. Sie ist mit über 13,5 Milliarden € für ca. 17% des Gesamtumsatzes der Berliner Wirtschaft verantwortlich.

Kunst und Kultur sind aber weit mehr als ein Wirtschaftsfaktor. Berlins einzigartige und vibrierende Kulturlandschaft ist von Diversität geprägt – sei es die renommierte Philharmonie oder die vielen Theater in der Hochkultur, die kleineren Ensembles, die Clubs oder die Museen und Ausstellungsräume, die international Beachtung finden. Zudem gibt es die Populärkultur mit (Pop)Konzerten, Musicals und Festivals sowie die freie Künstlerszene mit immer wieder überraschenden Ideen und Spannungsfeldern, die zum Diskurs und manchmal auch zum Streit anregen. Kurz: Berlin lebt von der Freiheit und Kreativität und dem Wagemut, den die Stadt in all ihren Brüchen, auch geschichtlich, geradezu zu leben und atmen scheint.

Als Vorsitzende der SPD Berlin wäre es unser Ziel, diese Lebendigkeit und Dynamik zu erhalten und die Kultur überall da, wo wir können, zu unterstützen. Deshalb danken wir dem Kulturforum für seine Fragen, die wir wie folgt beantworten:

■ Zunächst zu einer allgemeinen Einschätzung: Wie beurteilt Ihr die gegenwärtige Situation von Kunst und Kultur in Berlin, wo seht Ihr positive Entwicklungen, wo droht Bedeutungsverlust? Welchen Eindruck habt Ihr von den bisherigen Aktivitäten des Kultursenators?

Berlin hat die Corona-Krise im Bereich Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft dank der Förderung aus Bundes- und Landesmitteln besser überstanden als so manch andere Metropole. Dies war eine große Leistung, insbesondere der damaligen Koalition unter SPD-Führung. Wir hatten verhältnismäßig wenig Schließungen zu verzeichnen und Berlin ist aufs Neue attraktiv für Besucher aus aller Welt. Gleichwohl hat die Krise viele Kulturschaffende vor große wirtschaftliche und persönliche Herausforderungen gestellt.

Wir nehmen allerdings auch schwierige Entwicklungen wahr wie die steigenden Mietkosten für Ateliers und Galerien, die wegen zunehmend hoher Produktionskosten ungewisse Zukunft der Filmindustrie, die „Strike-Germany“-Bewegung oder die Verdrängungsprozesse in der Clublandschaft. Auch die hohe Subventionierung der Berliner Hochkultur durch den Landeshaushalt wird angesichts der angespannten Haushaltslage evaluiert werden müssen. Kultur lebt davon, breit akzeptiert und antizipiert zu werden. Die Berliner Clublandschaft ist einzigartig in Europa, aber auch hier sehen wir die negativen Entwicklungen der Mietpreisspirale und der Monetarisierung der Szene, die die Vielfalt immer weiter einschränkt.

Angesichts der Entwicklung in unserer Stadt ist und bleibt die Schaffung und Erhaltung von freien und bezahlbaren Orten für Künstlerinnen und Künstler und aller Kreativer, auch in der Mitte unserer Stadt und unserer Gesellschaft, eine der wichtigsten Aufgaben für die zukünftige Kulturpolitik.

Ihr fragt nach dem neuen Kultursenator Joe Chialo und seinem Wirken. Seine Vita erklärt seine Nähe zu Kulturschaffenden und seine Fähigkeit, „Out of the Box“ zu denken. Daher empfinden wir sein bisheriges Wirken für Berlin in dieser Koalition als durchaus fruchtbar. Hinsichtlich der von ihm initiierten „Antisemitismusklausel“ hätten wir uns jedoch eine breitere vorgeschaltete Diskussion und sorgfältigere juristische Prüfung gewünscht. Wir wollen auch nicht, dass antisemitische Aktionen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, aber die Kunstfreiheit muss weiterhin grundsätzlich gewährleistet sein.

■ **Antisemitismus.** In den letzten Monaten gab es eine Reihe von Auseinandersetzungen im Zusammenhang von Veranstaltungen der Kunst, Kultur und Wissenschaft, in denen die Haltung zum Nahostkonflikt im Zentrum stand und in denen antisemitische Äußerungen gefallen sind. Daraus entstand eine Diskussion über die Frage, wie Politik darauf reagieren soll. Hierzu bitten wir, folgende (stichwortartig formulierte) Positionen zu bewerten:

- Für eine Änderung der Berliner Verfassung
- Für die Einführung einer Antisemitismusklausel
- Für eine Änderung des Grundgesetzes
- Nichts davon: Artikel 5/GG hat Vorrang

Wir möchten darauf verweisen, dass die geforderten multiple-choice-Antworten naturgemäß der Komplexität der dahinter liegenden Themen nicht gerecht werden können und es uns damit nicht ermöglichen, unsere Position angemessen zu beschreiben. Wir sind der Ansicht, dass eine so weitreichende Positionierung mit der Breite der Partei und mit externen Expertinnen und Experten diskutiert werden muss. Dazu stehen wir bereit, wenn wir Landesvorsitzende werden.

Sollten stattdessen bzw. darüber hinaus andere als rechtliche Strategien verfolgt werden? In welche Richtung könnten die gehen, um die Auseinandersetzung und Ausbreitung antisemitischer Haltungen und eine weitere Eskalation zu verhindern?

Unsere Stadt steht wie kaum eine andere für Vielfalt und Toleranz. Wir wollen auf unseren Straßen keine Kultur des Hasses, sondern ein verbindendes Miteinander. Dazu müssen wir Strukturen und Formate unterstützen, die Menschen unterschiedlicher Religionen, Perspektiven und Meinungen zusammenbringen. Wir müssen dafür sorgen, dass der politische Islam, den wir viel zu lange geduldet haben, endlich wirksam bekämpft wird. Wir unterstützen daher die Deutsche Imamausbildung, alle Projekte, die in die Schulen gehen, wie zum Beispiel „Heroes“, oder die Arbeit der Boxgirls in Neukölln.

Kriegerische Konflikte dürfen grundsätzlich nicht auf Berliner Straßen ausgetragen werden. Szenen, die wir in Berlin nach dem mörderischen Überfall der Hamas auf friedliche Israelis nach dem 07. Oktober 2023 sehen mussten, müssen wir konsequent ahnden. Dazu müssen wir bestehende Gesetze konsequent anwenden. Wir positionieren uns klar gegen jede Form von Antisemitismus und setzen uns für friedliche Lösungen von Konflikten ein, um Leid auf allen Seiten zu vermeiden. Deutschland und Israel sind nicht nur Partner, sondern wir haben die Verpflichtung, jüdisches Leben zu schützen. Der Aufgabe werden wir gerade nicht in dem Maße gerecht, wie wir müssten. Das darf so nicht bleiben. Wir müssen anerkennen, dass Antisemitismus ein primär politisches und kein religiöses Problem ist. Statt einen Fokus auf interreligiöse Dialoge zu legen, braucht es Angebote, die Antisemitismus schonungslos in allen Facetten bearbeiten.

■ **Religionsunterricht.** Die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD sieht die Einführung eines Wahlpflichtfachs Weltanschauungen/Religionen zusätzlich zum Fach Ethik in der Verantwortung der Religionsgemeinschaften vor. Die SPD hat eine solche Forderung in der Vergangenheit weder unterstützt noch gar selbst erhoben. Wie beurteilt Ihr dieses Projekt und welche Haltung schlägt Ihr hierzu der Berliner SPD vor?

Wir schätzen jede Form des gesellschaftlichen Engagements, das zum Zusammenhalt in unserer Stadt beiträgt. Das gilt für Sportvereine, Initiativen und selbstverständlich auch für die wertvolle Arbeit der Glaubensgemeinschaften. An den Berliner Schulen ein Pflichtfach Religion einzuführen, halten wir jedoch für den falschen Ansatz. Nicht ohne Grund haben wir uns als SPD immer für ein religiös und weltanschaulich neutrales Fach Ethik eingesetzt. Und nachdem die aktuelle Novellierung des Schulgesetzes die Einführung eines verpflichtenden Religionsunterrichts auch nicht mehr vorsieht, hat sich dieses Vorhaben wahrscheinlich auch erledigt.

■ **Architektur.** Auch mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung sind Fragen von Architektur und Stadtentwicklung vor allem in der Mitte Berlins auf der Tagesordnung. Initiativen zur Durchsetzung einer historisierenden Architektur melden sich zu Wort, sei es mit der Forderung nach einer traditionellen Gestaltung der historischen Mitte oder wie in der Koalitionsvereinbarung durch die Forderung nach einer Fassaden- Rekonstruktion der Bauakademie. Auf der anderen Seite wird von vielen eine „Investorenarchitektur“ kritisiert, wie etwa im umgebauten Tacheles. Wie steht Ihr zur Architektur und Stadtgestaltung Berlins?

Architektur und Stadtplanung prägen das Gesicht einer Stadt. Sie entscheiden mit, ob wir uns in unserem Kiez, an unserem Arbeitsplatz oder im öffentlichen Raum wohlfühlen. Funktionalität, Ästhetik, Klimaaspekte und Wirtschaftlichkeit müssen dabei ganzheitlich betrachtet werden. In der Vergangenheit hat sich Berlin immer wieder als mutige Architekturmetropole gezeigt, viele ikonische Bauwerke sind dabei hervorgegangen. Es gibt weltweit vielfältige Beispiele moderner Architektur, die mehr als überzeugend sind. Wir müssen sie nur in Berlin auch wieder einfordern und zulassen. Daran wollen wir wieder stärker anknüpfen.

Wenn man sich jedoch unter „Investorenarchitektur“ beispielsweise die Bebauung der Heidestrasse anschaut, muss man gegen „Investorenarchitektur“ sein. Die Antwort kann aber nicht in rein historisierender Architektur liegen. Gerade in einer immer noch wachsenden Stadt müssen wir aufgeschlossen sein für fortschrittliche Architektur im Sinne sowohl von Lebensqualität als auch Ästhetik. Dazu gehört auch die Bereitschaft, an ausgewählten Standorten gezielter in die Höhe zu bauen.

Das Tacheles ist kein gutes Beispiel für den Versuch, die Stadt modern und trotzdem in seiner ursprünglichen Textur zu gestalten. Ideenlosigkeit hat dort ein ehemals gewachsenes Quartier seiner Atmosphäre beraubt. Heidestrasse und Tacheles sind Beispiele für Stadtgestaltung, wie wir sie nicht wollen.

Anzumerken bleibt, dass die sog. „Investorenarchitektur“ auch von sozialdemokratischen und linken Senatoren mit verantwortet worden ist. Umso mehr müssen wir auch in unserer Partei wieder mehr Sachdiskurse dazu führen, wie die künftige bauliche Gestalt unserer Stadt aussehen soll und wie wir bestehende Zielkonflikte im Stadtentwicklungsbereich sachgerecht auflösen können.

Die Forderung nach einer Rekonstruktion der Bauakademie in ihrem historischen Äußeren ist eine, die in allen Senaten gefordert wurde - also auch unter Klaus Wowereit, Michael Müller und Franziska Giffey. Selbst die sonst gegenüber Rekonstruktionen grundsätzlich kritische Landesdenkmalpflege in Berlin ist ein Befürworter an dieser historischen Stelle. Die Bauakademie gilt als besonders innovativer Bau des 19. Jahrhunderts, die europaweit Vorbild war. Wir schließen uns dieser Sichtweise an.

■ **Stadtentwicklung.** Mängel der Stadtgestaltung aus der Nachwendezeit und das Hin und Her der vergangenen Jahre bei dem Umgang mit der Stadtmitte haben inzwischen Spuren der Entleerung und Enturbanisierung hinterlassen, so in der Friedrichstraße (Wegzug der „Galeries Lafayette“, nachlassende Kaufkraft in der gesamten Friedrichstraße, Potsdamer Platz, Alexanderplatz), wie auch kulturell (z.B. Wegzug der Kultur vom Potsdamer Platz). Wie seht Ihr eine Politik, die Berliner Mitte vor einem weiteren Bedeutungsverlust zu bewahren bzw. die Anziehungskraft zu stärken? Was haltet Ihr davon, ein Gesamtkonzept für die kulturelle Nutzung, den Verkehr und die Freiräume in der Stadtmitte zu entwickeln?

(Hierzu auch Fragen 5.+6.)

Die Frage nach der Zukunft der Galeries Lafayette beantworten wir bei 6.

Eine Stadt wie Berlin war, ist und wird immer dem Wandel unterliegen, der für sich gesehen positiv ist. Geschichtliche Brüche, wie sie Berlin durchleben musste, hatte allerdings kaum eine andere Metropole in dieser Form.

Was allerdings in Berlin nicht gelungen ist, ist die Umsetzung einer Stadtplanung, mit der sich insbesondere die Innenstadtquartiere zu dauerhaft lebendigen Vierteln hätten entwickeln können. Die Friedrichstraße steht dafür exemplarisch. Wir sehen hier die Notwendigkeit, mit der Stadtgesellschaft, vor allem den Anwohnenden und der Gewerbewirtschaft, ein zukunftsfähiges Konzept zu entwickeln.

Insofern würden wir die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für die kulturelle Nutzung, den Verkehr und die Freiräume der Stadtmitte unterstützen. Wir halten es darüber hinaus für unabdingbar, dass solche Konzepte auch mit konkreten Umsetzungsschritten verknüpft werden, deren Vollzug auch kontrolliert werden kann.

Die spätere Überzeugung des SPD-Senatsbaudirektor Hans Stimmann, dass vor allen Dingen eine kleinteiligere Parzellierung ein Garant für vielfältige Architektur ist und darüber hinaus ein neuer gesellschaftlicher Diskurs über die Reurbanisierung der verlorengegangenen historischen Mitte Berlins geführt werden müsste, wie es jetzt zum Beispiel am Molkenmarkt nach jahrzehntelanger Diskussion endlich auch umgesetzt wird, sehen wir ähnlich. Auch könnte aus städtebaulicher Sicht und weg von der reinen kulturellen Betrachtung eine attraktive und innerstädtische Wohnbebauung zusätzlich entstehen.

■ **ZLB.** Seit dem Mauerfall (und historisch gesehen schon sehr viel länger) wird in Berlin um den Bau einer Zentral- und Landesbibliothek gerungen. Nach vielen gescheiterten Anläufen und dem „Weglassen“ dieser Fragen in der schwarz-roten Koalitionsvereinbarung ist durch die bedauernswerte Entscheidung der „Galeries Lafayette“, sich aus Berlin zurückzuziehen, in der Friedrichstraße eine mögliche neue Option für die Einrichtung einer Zentral- und Landesbibliothek entstanden, die vom Kultursenator wie auch von Fachleuten unterstützt - darüber hinaus allerdings weitgehend beschwiegen wird. Wie ist Eure Meinung hierzu?

Wir stehen diesem Vorschlag aus vielen Gründen sehr positiv gegenüber und haben auch keine Probleme damit, den amtierenden Kultursenator (wobei die Idee ja bereits von seinem Vorgänger Klaus Lederer kam) dabei zu unterstützen, denn die Friedrichstraße verliert immer mehr an Attraktivität. Einkaufsmöglichkeiten allein gewährleisten die Attraktivität dieser Straße offensichtlich nicht. Deshalb scheint die Ansiedlung der Zentral- und Landesbibliothek eine Option zur dauerhaften Belebung des Quartiers zu sein.

Wenn nun die ZLB dort ihr neues Refugium finden kann, würden gleich mehrere Probleme gelöst:

- a) Die ZLB fände endlich ein ausreichend großes Zuhause.
- b) Die Aufwertung der Friedrichstraße durch das neue Nutzungsangebot und ein attraktives Ambiente für die ZLB könnte sehr viele Menschen anziehen, wovon das gesamte Umfeld profitieren könnte.
- c) Die Diskussion um die Zusammenlegung der bisherigen drei Standorte der ZLB und die Sanierungskosten für die Standorte könnte endlich einer positiven Lösung zugeführt werden.
- d) Das Gebäude selbst würde einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden und verkäme nicht zur nächsten leerstehenden Immobilie, die dann die Zukunft der Friedrichstraße noch mehr in Frage stellen würde. In Amsterdam ist beispielsweise eine phantastische neue Bibliothek entstanden, multimedial, vernetzt und vor allem auch sonntags geöffnet. Solche neuen Nutzungs- und Angebotsformen müssen wir konsequent von Anfang an mitdenken, um das Projekt zum Erfolg zu führen. Die Besucherzahlen in Amsterdam sprechen hier eine deutliche Sprache.

■ **Alte Münze.** Eines der größten aktuellen Kultur-Projekte in Berlin, das auch in der Koalitionsvereinbarung gewürdigt wird - die Entwicklung der „Alten Münze“ zu einem kulturellen Zentrum mit Beteiligung der Freien Szene - ist quasi über Nacht freihändig an einen privaten Betreiber und ohne ein nachvollziehbares Verfahren abgebrochen worden. Wie kann der offensichtliche Abschied von einer Entwicklung und Weiterentwicklung kultureller Projekte gestoppt werden? Soll das Projekt der „Alten Münze“ wieder aufgenommen werden?

Diese Entwicklung ist ein Trauerspiel und ein Affront gegenüber den dort ansässigen Kunst- und Kulturinstitutionen. So etwas darf in einer sich selbst als Kunstmetropole sehenden Stadt nicht passieren. Wir würden eine Rückabwicklung der Übertragung an einen privaten Betreiber unterstützen. Da wir die rechtlichen Modalitäten nicht kennen, wissen wir aber nicht, ob das noch möglich ist.

Kultur ist kein „Nice-to-have“, sondern das Elixier einer modernen, freien und vielfältigen Stadt. Deshalb würden wir uns dafür einsetzen, dass Kulturprojekte wie dieses trotz finanzieller Engpässe nicht geopfert werden. Kulturelle Orte wie die Alte Münze oder die Uferhallen im Wedding stellen dabei nur die Spitze des Eisberges dar, wir würden uns dafür stark machen, auch die vielen kleinen Räume und Orte für die Kultur zu sichern.

■ **Sparpolitik.** Nur kurze Zeit nach dem Abschluss der Koalitionsvereinbarung wurde deutlich, dass sich Berlin einer umfassenden Kürzungspolitik gegenüber sieht. Die Reaktion des Finanzsenators, allen Ressorts pauschalisierte und zum Teil nicht realisierbare Minderausgaben vorzugeben, macht sich für die Kultur besonders krass bemerkbar, weil hier der größte Teil der Haushaltsmittel unmittelbar an Dritte, d.h. Projekte bzw. Institutionen, weitergegeben wird. War diese Situation nicht schon vorher absehbar? Ist die Koalitionsvereinbarung aus diesem Grund mehr ideologisch als substantiell ausgefallen? Was ist die strategische Antwort der SPD?

Wir haben es bei Frage 7 schon angedeutet: Kunst und Kultur ist weit mehr als ein „Nice-to-have“. Es ist die Quintessenz einer Stadt wie Berlin.

Die pauschalen Minderausgaben, mit denen uns der Senat und auch unser Fraktionsvorsitzender konfrontiert haben, stellen sowohl die Senatsverwaltungen als auch die Bezirke vor große Herausforderungen. Leider steht auch die SPD in der Verantwortung für diese Entwicklung so kurz nach Verabschiedung des Haushalts. Dies hat uns als SPD bei vielen Menschen in unserer Stadt einen weiteren Vertrauensverlust beschert. Daher dürfen wir in zukünftigen Haushalten keine ungedeckten Schecks mehr verstecken, sondern müssen wieder eine für alle planbare und verlässliche Haushaltspolitik betreiben.

Bei aller Notwendigkeit zur Setzung von Prioritäten, dürfen die Kürzungen nicht zuallererst zulasten Projekte und Institutionen Dritter gehen. Das gilt für den Kulturbereich genauso wie bspw. im Jugend-, Sport- oder Gleichstellungsbereich. Denn gerade diese Projekte sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und schaffen wichtige ideelle und wirtschaftliche Mehrwerte für unsere Stadt.